

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Verkehr, Telekommunikation und Energie) am 03. Juni 2021 in Luxemburg

Die Ergebnisse der Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie vom 03. Juni 2021, bei der ausschließlich Dossiers aus dem Verkehrsbereich behandelt wurden, können wie folgt zusammengefasst werden:

Luftfahrt

Der Rat nahm eine allgemeine Ausrichtung zum „einheitlichen europäischen Luftraum 2+ (SES 2+; VO zur Verwirklichung des einheitlichen europäischen Luftraums und VO zur Änderung der EASA-Grundverordnung) an. Der portugiesische Vorsitz betonte dabei, während seiner Präsidentschaft 3 Hauptziele verfolgt zu haben: die enge Verbindung von Flugverkehrsmanagement und Sicherheit, den Abbau von Verwaltungsaufwand und die Verringerung der Umweltauswirkungen. Zudem würden die Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten im Rahmen der Chicago Convention berücksichtigt, sodass die vorliegenden Texte die Standpunkte der Mitgliedstaaten bestmöglich widerspiegeln und eine solide Grundlage für die Verhandlungen mit dem EP bieten würden. Österreich, vertreten durch Bundesministerin Leonore Gewessler, betonte, dass es notwendig wäre, die SES-Initiative in den Dienst der Zielsetzungen des European Green Deal zu stellen. Dafür brauche es technologische Innovation, um den Flugverkehr schrittweise in eine hocheffiziente und CO₂-neutrale Industrie zu transformieren. Im vorliegenden Vorschlag werde die Schaffung von Rahmenbedingungen für einen diskriminierungsfreien Marktzugang für Datenservices, die Priorisierung der Leistungsziele im Umweltbereich und die Erweiterung der Netzwerkmanagerfunktionen begrüßt, sofern sie zur Verbesserung des Kapazitäts- und Slotmanagement zur Optimierung beitragen. Österreich hob hervor, dass auch die Aspekte der Emissionsreduktion gestärkt werden müssten, neben dem Einsatz von alternativen Flugzeugkraftstoffen und dem Umbau auf kraftstoffsparende

Flugzeugturbinen und neue Flugzeugtechnologien brauche es darüber hinaus die Abschaffung der Steuerbefreiung auf Kerosin, eine wirksame Besteuerung von CO₂ sowie ein Ende von Flugtickets, die zu Billigstpreisen und unter den tatsächlichen Kosten angeboten werden - auch damit Effizienzgewinne nicht durch Rebound Effekte und künstlich generierte Nachfrage aufgehoben werden. Im Sinne eines Gesamtmobilitätssystems sei auch die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel voranzutreiben, da so etwa Zubringerflüge auf die Bahn verlagert werden können.

Landverkehr

Der Rat nahm eine allgemeine Ausrichtung zur Änderung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung von gemieteten Fahrzeugen an. Österreich dankte dem Vorsitz für die Bemühungen zur Weiterentwicklung dieses bereits seit 2017 verhandelten Vorschlags, sah aber weiterhin grundlegende Fragen noch nicht gelöst, wie etwa die Kontrollierbarkeit der Fahrzeuge, den mit der Anwendung der RL verbundenen hohen Verwaltungsaufwand sowie die Auswirkungen die Kobotage und kombinierten Verkehr. Österreich könne der allgemeinen Ausrichtung daher keine Zustimmung erteilen und hoffe, dass diese Bedenken in den Verhandlungen mit Europäischem Parlament adressiert werden können.

Der Rat nahm weiters eine allgemeine Ausrichtung zur Änderung der RL 2017/2397 über die Anerkennung von Zeugnissen aus Drittländern in der Binnenschifffahrt an, wodurch der Verkehrsträger Binnenschifffahrt gefördert werden soll, indem dem Mangel an Personal entgegengewirkt und Rechtssicherheit für die Beschäftigten sowie den Sektor geschaffen werde.

Der Rat nahm im Hinblick auf die Zielsetzung, die europäischen Verkehrssysteme nachhaltiger zu gestalten, einstimmig Schlussfolgerungen zu den beiden Themen „Den Schienenverkehr zur Nummer 1 intelligenter und nachhaltiger Mobilität machen“ und zur „Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität“ an. Dadurch stellte der Rat – auch angesichts des Europäischen Jahres der Schiene 2021 – den Schienenverkehr in den Vordergrund eines EU-weiten nachhaltigen Verkehrssystems und betonte die Ziele der Dekarbonisierung des Verkehrssektors. Österreich begrüßte die Schlussfolgerungen ausdrücklich und unterstrich im Zusammenhang mit der Erreichung der Klimaziele die Bedeutung der Verkehrsverlagerung auf die Schiene sowie die Forderung nach einem fairen Wettbewerb mit der Straße. Im anschließenden Gedankenaustausch zur „Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität“ bedauerten mehrere Mitgliedstaaten, wie etwa die Niederlande, Dänemark, Belgien, Frankreich oder Österreich die mangelnde zeitliche Konkretisierung des Auslaufens von Verbrennungsmotoren, unterstrichen die Bedeutung

der aktiven Mobilität und ersuchten die EK um Ausarbeitung einer Fahrradstrategie. Österreich hob das Thema der sozialen Dimension, der Inklusivität und der Barrierefreiheit hervor, zu dem ein höheres Ambitionsniveau in der Strategie wünschenswert gewesen wäre.

Sonstiges

Der Vorsitz berichtete von den damals durchgeführten zwei informellen Trilogien zur Eurovignetten-RL, die es ermöglicht hätten, Konvergenz bei den technischen Aspekten zu erzielen und ausführlich über politische Fragen zu diskutieren, sodass die Präsidentschaft zuversichtlich wäre, noch im Juni einen Kompromiss mit dem Europäischen Parlament zu erzielen. Österreich betonte die Wichtigkeit der RL für eine nachhaltige Gestaltung des Straßengüterverkehrs, insbesondere in den sensiblen Alpenregionen. Die Verkehrssituation etwa auf der Brenner-Alpenquerung stelle seit Jahren eine dramatische Belastung für Bevölkerung und Umwelt dar. Vor diesem Hintergrund sollte es ein gemeinsames Ziel sein, dass die RL auch in der Praxis zur Reduktion der Belastungen aus dem Straßengüterverkehr durch die Verlagerung auf die Schiene beiträgt. Österreich fordere daher weiterhin die Möglichkeit zur Einhebung eines Querfinanzierungszuschlags von 50% ohne weitere Zustimmungspflicht anderer Mitgliedstaaten und werde sehr genau prüfen, ob mit der RL ein tatsächlicher, spürbarer Effekt für eine nachhaltigere Abwicklung des Straßengüterverkehrs geleistet werden kann.

Gemeinsam mit den Niederlanden stellte Österreich den Fortschrittsbericht der Plattform für den Internationalen Schienenpersonenverkehr vor und wies als positives Beispiel für eine verbesserte Kooperation der Staaten auf den vor kurzer Zeit eingerichteten Nachtzug Wien-Amsterdam hin.

Die EK informierte über die weitere Anwendung des „electronic passenger locator forms“ als eine der – neben dem geplanten digitalen Zertifikat – wichtigsten Maßnahmen zur Kontaktverfolgung und somit zur Bekämpfung von COVID-19. Litauen thematisierte die am 23. Mai 2021 erzwungene Landung eines Verkehrsflugzeuges in Minsk und die bisher vorgenommenen Maßnahmen auf EU- und internationaler Ebene; Zypern sprach die Frage der Erholung der Luftverkehrsverbindungen nach der Pandemie an, Estland trat für die raschere Verwirklichung eines interoperablen elektronischen Frachtinformationsaustauschsystems in Europa ein; Tschechien informierte über eine Konferenz zur Straßenverkehrssicherheit in Brno am 4. Juni 2021; die Niederlande berichteten über Initiativen zur Vermeidung von Containerverlusten durch Schiffe; Dänemark stellte sein von mehreren Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, unterstütztes Dokument im

Hinblick auf den Übergang zu Nullemissionsfahrzeugen und dessen Bedeutung für die Erreichung der Klimaziele bis 2050 vor.

Abschließend stellte Slowenien sein Programm für den Vorsitz im zweiten Halbjahr 2021 vor, dessen Schwerpunkte die Stärkung der Resilienz und Nachhaltigkeit insbesondere auch des Verkehrssektors wären.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

08. Juli 2021

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin